



[www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at)

Überfluss besteuern,  
in die Zukunft investieren!

## Zivilgesellschaftliche Budgetrede 2011



17. Oktober 2011

## **Zivilgesellschaftliches Budget 2012 – Alexandra Strickner, Attac Österreich**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger in Österreich!

Sehr geehrte Abgeordnete zum Nationalrat!

Wir – die TrägerInnen der Allianz Wege aus der Krise – halten fast auf den Tag genau heute unsere 2. Zivilgesellschaftliche Budgetrede. Wir tun dies, weil es heute mehr denn je notwendig ist machbare Alternativen jener Politik, mit der die österreichische Regierung derzeit der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Klimakrise begegnet, vorzulegen.

Wir sind der Meinung, dass das öffentliche Budget eine Angelegenheit ist, die uns alle betrifft. Es braucht daher einen transparenten, breiten und demokratischen Prozess unter Einbindung einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher AkteurInnen um darüber zu entscheiden, wer welche Steuern in welcher Höhe zahlt, wie die Steuerlast verteilt und wofür unser Geld ausgegeben wird.

Wir freuen uns, dass einige der Vorschläge zur Reform unseres Steuersystems aus dem 1. Zivilgesellschaftlichen Budget bereits umgesetzt wurden – wie z. B. die Einführung einer Bankenabgabe oder die Besteuerung von Einkommen aus Wertpapierzuwächsen. Diese ersten kleinen Schritte in Richtung eines sozial gerechteren und ökologischeren Steuersystems sind erfreulich, aber viel zu wenig.

Mit unserem 2. Zukunftsbudget legen wir eine Weiterentwicklung unserer Alternativen vor: für eine sozial gerechte Finanzierung von Zukunftsinvestitionen, die steuerliche Entlastung von ArbeitnehmerInnen und den notwendigen Beitrag zur Budgetkonsolidierung für 2012.

Wir haben das 2. zivilgesellschaftliche Budget mit einem Motto versehen:

Umdenken, Umgestalten, Umverteilen.

### **UMDENKEN?**

Mehr denn je wird sichtbar und klar, dass wir uns nicht aus der Krise „sparen“ können – das Beispiel Griechenland zeigt es tagtäglich. Je mehr gekürzt wird, desto mehr schlittert das Land in eine Rezession, steigt die Arbeitslosigkeit, sinken die Staatseinnahmen und steigen die Schulden. Dennoch werden derzeit europaweit Sparpakete geschnürt, um die steigenden Schulden öffentlicher Haushalte in den Griff zu kriegen. Angesichts der engen Verflechtung der EU-Länder bedeutet diese Kürzungspolitik die gesamte EU in eine Rezession zu stürzen. Die Wachstumsprognosen der verschiedenen Forschungsinstitute belegen diesen Trend. Die politisch Verantwortlichen sind also gerade dabei, mit ihrem Sparwahn wissentlich eine Rezession herbeizuführen.

Mehr noch: Die Regierungen der EU-Länder – also auch Österreich – haben gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament beschlossen, den bestehenden

Wachstums- und Stabilitätspakt weiter zu verschärfen. Diese einseitige Politik, die den Fokus allein auf den ausgabenseitigen Abbau der Schulden legt und die die bereits jetzt sichtbaren negativen Folgen nicht anerkennt, soll nun mit noch mehr Zwang durchgesetzt werden. Die neue Regelung sieht vor, dass die Europäische Kommission einfach und rasch hohe Geldstrafen für jene Länder verhängen kann, welche die Schuldenabbaupfade nicht einhalten. Nur eine qualifizierte Mehrheit der EU-Regierungen, die sich innerhalb von zehn Tagen gegen solche Strafmaßnahmen ausspricht, kann dies noch verhindern.

Es braucht daher mehr denn je ein UMDENKEN der politischen EntscheidungsträgerInnen. Und: Es gibt Alternativen zu dieser Krisenverschärfungspolitik. Es gibt Alternativen, um die Quadratur des Kreises zu schaffen, nämlich

- den Staatshaushalt zu sanieren,
- Zukunftsinvestitionen für einen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft zu tätigen,
- eine gerechte Verteilung von Arbeit sicherzustellen und
- die steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen voranzutreiben

Dafür müssen wir unser Steuersystem UMGESTALTEN. Wie?

- Indem wir Steuern auf Vermögen und Kapitaleinkommen erhöhen bzw. wiedereinführen.
- Indem wir Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen abschaffen.
- Indem wir schrittweise den Ressourcenverbrauch stärker besteuern und zugleich umweltschädliche Subventionen abschaffen.

Ein Zukunftsbudget, dass sich an diesen Prinzipien orientiert, ist eines, das die Ursachen der Krise nachhaltig bekämpft und die Mitverursacher und Mitverursacherinnen einen entsprechenden Beitrag leisten lässt - und dadurch UMWERTEILT.

Unser Zukunftsbudget für 2012 enthält folgende Elemente:

- die Einführung einer Vermögenssteuer für Haushalte ab einem Nettovermögen von 500.000 Euro
- die Einführung einer progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuer
- die Erhöhung der Einkommenssteuer von 50 auf 60% für jene, die mehr als der österreichische Bundespräsident verdienen
- die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerungen von Stiftungsbeteiligungen mit 25 %
- die Besteuerung von Gewinnen aus Immobilienspekulationen mit 25 %
- die Einschränkung der Gruppenbesteuerung
- die Erhöhung der Mineralölsteuer für Diesel um weitere 4c/pro Liter und die Einführung einer Kerosinsteuer
- die Einführung der LKW Maut auf allen Straßen
- die Reform der steuerlichen Begünstigungen für Firmenwagen
- die Abschaffung der Mineralölsteuerrückvergütung für die Landwirtschaft sowie die Aufhebung der Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen bzw. der NoVA-Befreiung für Klein-LKWs
- eine Reform der Grundsteuer und der Bodenwertabgabe und

- die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene eingeführt wird.

Durch diese Maßnahmen können für 2012 in Summe rund 7,9 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen eingehoben werden. Fast 1,5 Mrd. Euro davon fließen in die steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen – insbesondere jener mit geringen Einkommen. Weitere 1,5 Mrd. sind für die EU-konforme Reduktion des Budgetdefizits vorgesehen.

Die restlichen 5 Mrd. Euro unseres Zukunftsbudgets setzen bei jenen Investitionen an, die den Bedürfnissen der Menschen und den globalen Herausforderungen entsprechen. Diese Herausforderungen sind für uns unverändert:

- Die Verbesserung des gesamten Bildungssystems: von der Kinderkrippe über die Volksschule bis zur Universität.
- Der Ausbau von sozialen Diensten und Betreuungseinrichtungen – allen voran in der Pflege.
- Der Ausbau nachhaltiger öffentlicher Mobilität, ein mehr an thermischer Sanierung, und der Ausbau ökologisch nachhaltiger Energieformen – mit dem Ziel, unseren Beitrag zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu leisten und somit den Klimawandel zu verringern.
- Der Erhalt und der Ausbau kommunaler Dienstleistungen.
- Die massive und nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit.
- Mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit und die Bekämpfung des Klimawandels auch auf globaler Ebene.

In Summe werden diese Zukunftsinvestitionen fast 90.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Meine Kolleginnen und Kollegen werden Ihnen die Details für diese Zukunftsinvestitionen präsentieren.

All diese Herausforderungen sind möglich – wenn wir unser Steuersystem UMGESTALTEN. Die UMGESTALTUNG der Steuereinnahmen ist ein Schritt in Richtung einer gerechteren UMWERTEILUNG des Wohlstandes in Österreich. Wir brauchen diese UMWERTEILUNG nicht nur um mehr soziale Gerechtigkeit sicherzustellen, sondern auch um eine der Kernursachen der Finanzkrise – die enorm ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen – schrittweise zu beseitigen.

Meine Damen und Herren: Das von uns vorgelegte zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget zeigt nicht nur, dass eine andere Budgetpolitik möglich ist. Es ist - angesichts der Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung - mehr denn je eine Notwendigkeit.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, um immer mehr Menschen und v. a. die politisch Verantwortlichen zum UMDENKEN zu bewegen.

Lassen Sie uns gemeinsam an der UMGESTALTUNG des Budgets arbeiten, damit UMWERTILUNG möglich wird.

Lassen Sie uns also das Zukunftsbudget gemeinsam umsetzen!

## **Das umweltfreundliche Budget für sanfte Mobilität und warme Wohnungen – Johannes Wahlmüller, GLOBAL 2000**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich, dass Sie so zahlreich zur Präsentation unseres Zukunftsbudgets gekommen sind. Ein Budget das auch ein umweltfreundliches Budget für sanfte Mobilität und warme Wohnungen ist. Denn wem kommt es schon in den Sinn, dass die LKW-Lawine, die sich staubig lärmend durch so manche Gemeinde schleust, mit dem Steuersystem in Verbindung steht? Längst ist aus unserem Land der Berge schon ein Land der Staus und Luftsanierungsgebiete geworden. Das muss sich ändern! Denn während den Anrainern der Ruß nur so um die Ohren staubt, wird der tägliche Verkehrsauflauf auch noch steuerlich begünstigt. Neben dem Abbau umweltschädlicher Subventionen soll deshalb mit voller Kraft in den öffentlichen Nah- und Güterverkehr investiert werden. Es gibt eine Alternative zum Individualverkehr – der heute schon längst wenig individuell ist sondern eher zum Massenproblem geworden ist. Es geht darum, den Menschen den Umstieg möglichst leicht zu machen - und das geht nur, wenn jetzt die richtigen Investitionen getätigt werden. Mit dem Zukunftsbudget soll es gelingen den öffentlichen Verkehr flächendeckend attraktiver zu machen und auch für diejenigen zu einer echten Alternative aufzubauen, die heute noch zögern. Bundesweit soll in den regionalen öffentlichen Verkehr investiert werden und ein flächendeckender Ein-Studentakt gelten. Auch Güter sollen mehr und mehr mit der Bahn transportiert werden. Weiters soll ein Zukunfts-Fonds geschaffen werden, der den Ausbau des Fuß- und Radverkehrs in Angriff nimmt. Moderne Verkehrspolitik muss sich viel stärker an FußgängerInnen und RadfahrerInnen orientieren – sie müssen sich heute aber immer noch den wenigen Platz teilen, der neben den Verkehrsschneisen übrig bleibt. Das soll sich ändern. Etwa die Hälfte der Autofahrten ist unter fünf Kilometer. Viele dieser Strecken würden anders zurückgelegt werden, wenn die Infrastruktur stimmen würde und sich die Menschen auf dem Rad oder zu Fuß wohl fühlen würden. Welche Infrastrukturen wir heute schaffen entscheidet schließlich darüber, ob wir morgen in einer sauberen Umwelt leben und Mobilität für alle leistbar bleibt und nicht zu einem Luxus von wenigen wird. Anstatt auf Pump noch ein paar Jahre im Verkehrsrausch zu leben, sollten wir deshalb besser jene Infrastruktur aufbauen, für die sich die nächste Generation bei uns bedanken wird.

Doch das ist noch nicht gut genug. Denn während Österreich seine Klimaziele über Strafzahlungen und den Zukauf von Verschmutzungszertifikaten zu erreichen versucht, bleiben zehntausende Häuser und Wohnungen unsaniert – ein Umstand, dem ein Zukunftsbudget Rechnung tragen muss. Ziel ist es in den nächsten vierzig Jahren alle Gebäude bundesweit auf den Niedrigenergiestandard zu sanieren. Wir schlagen deshalb eine Aufstockung der Sanierungsförderung um 200 Mio. Euro vor, um einen Anreiz zu setzen die Häuser auch qualitativ zu sanieren und die Heizsysteme auf erneuerbare Energie umzustellen. Denn obwohl komfortable Alternativen reichlich vorhanden sind, heizen immer noch ca. 800.000 Haushalte in Österreich mit Öl. Das freut zwar die Ölbarone, verträgt sich aber schlecht mit unserem Klima. Deshalb ist das Zukunftsbudget auch eines, mit dem es sich warm wohnen lässt und das die Modernisierung des Altbaubestandes zügig in Angriff nimmt. Das hilft nicht nur dem Klima sondern steigert auch den Wohnkomfort und lässt das Heizen auch noch morgen leistbar bleiben.

Für viele Menschen in diesem Land ist eine behaglich warme Wohnung aber heute schon nicht erschwinglich. Deshalb verschreibt sich das Zukunftsbudget auch dem Kampf gegen die Energiearmut. Mit einem eigenen Programm soll jenen geholfen werden, bei denen es im Winter heute noch kalt bleibt. Jeder Bürgerin und jedem Bürger eine warme Wohnung! Niemand soll mehr im Winter frieren müssen.

Österreich kümmert sich mit dem Zukunftsbudget aber nicht nur um die BürgerInnen im eigenen Land, sondern zeigt auch Haltung gegenüber dem globalen Süden, der dringend Unterstützung für die Behebung von Klimafolgeschäden braucht. Daher ist auch ein Betrag von 40 Mio. Euro reserviert für jene, die es global am meisten brauchen. Sehr geehrte Damen und Herren: Das ist das umweltfreundliche Zukunftsbudget für sanfte Mobilität und warme Wohnungen! Ich freue mich aufrichtig, dieses Budget jetzt mit Ihnen umsetzen zu können.

## **Hochschulen – Angelika Gruber, Österreichische HochschülerInnenschaft, Bundesvertretung**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Strategiebericht des BMF für das Finanzrahmengesetz 2011 bis 2014 wird betont, dass der Bundesregierung Bildung, insbesondere die Weiterentwicklung der Hochschulen ein besonderes Anliegen ist. Einige Zeilen darunter befinden sich die Budgetzahlen, die das für den Hochschulsektor „bestätigen“ sollen.

Doch mit diesem Budget untermauert die Regierung einmal mehr ihre politischen Prioritätensetzungen. Rund 300 Mio. Euro würden den Unis jährlich fehlen um den Betrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können. Geht es nach dem derzeit geltenden Finanzrahmen müssen in der nächsten Leistungsperiode Professorinnen und Professoren an den Hochschulen entlassen werden, die Studienbedingungen würden sich zusätzlich verschlechtern.

Minister Töchterle hat zwar die „Hochschulmilliarde“ bereits angekündigt - diese wird aber auf 3 Jahre aufgeteilt mit jährlich 330 Mio. Euro gerade mal das „Schlimmste“ verhindern und lediglich die Inflation ausgleichen.

Von einem Ausbau des Hochschulsektors oder einer Verbesserung der Studienbedingungen kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Das Wissenschaftsministerium bastelt ständig an neuen Hürden - Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren verhindern, dass die „breite Bevölkerung“ Zugang zu höherer Bildung hat. Bildung soll durch die Verknappung des Angebotes immer mehr zu einem privaten anstatt öffentlichen Gut werden. So wollen sich politische AkteurInnen aus der Finanzierungspflicht ziehen.

Das 2%-Ziel des Bruttoinlandproduktes darf nicht länger ein leeres Lippenbekenntnis bleiben, denn sonst schlittern wir von der Wirtschaftskrise direkt in die Bildungskrise - und das zulasten junger Menschen, zulasten einer kritischen Gesellschaft, zulasten unserer aller Zukunft.

Ein Zukunftsbudget muss einen Budgetanpassungspfad vorsehen, der zu 2% des BIPs führt. Mit der zusätzlich budgetierten echten Hochschulmilliarde können wir es schaffen nachhaltige Verbesserungen im Hochschulsektor zu erreichen, die sowohl bei den Studierenden als auch bei den Lehrenden im Hörsaal ankommen.

Mit den zusätzlichen Mitteln sollen unter anderem prekäre Dienstverhältnisse an den Universitäten in Planstellen umgewandelt werden. Wir streben damit eine massive Verbesserung der Betreuungsverhältnisse an den Universitäten an. Beim Verhältnis ProfessorIn zu Studierenden liegen wir aktuell bei 1 zu 124. Durch das Schaffen von zusätzlichen 500 Professuren wollen wir dieses auf 1 zu 100 verbessern – längerfristig soll ein Betreuungsverhältnis von 1 zu 5 zwischen Studierenden und Lehrpersonal erreicht werden. Die ebenso dringend notwendigen baulichen Maßnahmen an den Universitäten sind aus den Gewinnen der Bundesimmobiliengesellschaft zu finanzieren.

Zudem wird der Ausbau der Fachhochschulstudienplätze weitergehen – hier schaffen wir durch die Investition von 10 Mio. Euro im Jahr 2012 zusätzlich 1.500 Studienplätze.

## **Bildung – Erwin Greiner, Initiative Bildung „Grenzenlos“, Volksbegehren Bildungsinitiative**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kindern und jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozioökonomischen Hintergrund eine qualitativ hochwertige Bildung und Ausbildung zu ermöglichen, ist einer der zentralen Eckpfeiler für eine zukunftsfähige Gesellschaft und ein Grundrecht für alle. Dieses Recht auf Bildung ist in einer Reihe von durch Österreich ratifizierten internationalen Konventionen (z. B. die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“) geschützt. Österreich bricht hier also – vor allem durch die Aufteilung der Kinder mit 10 Jahren in verschiedene Schultypen – geltendes Recht. Um allen Kindern und Jugendlichen, die in Österreich in den Kindergarten oder zur Schule gehen, eine gute (Aus-)Bildung zu ermöglichen, braucht es eine Änderung der Grundhaltung gegenüber Kindern und Jugendlichen und definitiv höhere Bildungsinvestitionen.

### Wir brauchen den Ausbau des vorschulischen Bildungsangebots

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur frühkindlichen Bildung fehlt es vor allem an einem flächendeckenden Angebot von Betreuungsplätzen und an längeren Öffnungszeiten bei bestehenden Einrichtungen. Damit Österreich die EU-weiten Barcelona-Ziele erreicht (33 % der Kinder unter 3 Jahren in Kinderbetreuung, das sind 77.000 Plätze) sind 35.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder erforderlich. Beide Maßnahmen sind auch ein Beitrag zur Chancengleichheit für Kinder. Kindergärten müssen von Betreuungseinrichtungen zu wirklichen Bildungsinstitutionen werden.

Wir haben in Österreich die in Europa einzigartige Situation, dass KindergärtnerInnen nicht universitär ausgebildet werden, sondern ihre Ausbildung mit 14 Jahren beginnen und mit der Matura beenden. Die inhaltliche und wirtschaftliche Unsinnigkeit dieser Regelung wird deutlich, wenn man weiß, dass durchschnittlich nur ca. 30 % der AbsolventInnen von BAKIPÄDs tatsächlich in den Beruf einsteigen.

Die frühe Investition würde sich langfristig auch finanziell lohnen. Ich darf Josef Lucyshyn, Direktor des Bundesinstituts für Bildungsforschung, zitieren: „Für einen Euro, der in die frühkindliche Bildung gesteckt wird, müssten zehn Lebensjahre später vier Euro hingeblättert werden – die Erfolgchancen sind aber nur mehr halb so groß.“ Das zivilgesellschaftliche Budget sieht hier entsprechende Mehrinvestitionen von insgesamt rund 350 Mio. € vor.

### Gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht

Die langfristigen Kosten für die viel zu frühe Trennung in die verschiedenen Formen der Sekundarstufe I lassen sich schwer in konkrete Zahlen fassen, die nur das Bildungsbudget betreffen würden. Sie sind auch nur einer der Gründe, warum eine **gute** gemeinsame Schule dringend notwendig ist. Ich darf einige inhaltliche und sicherlich bekannte Argumente anführen:

- Begabungen und Interessen sind im Alter von 9 ½ Jahren noch nicht konstant ausgeprägt.
- Bildungschancen und –abschlüsse sind in Österreich nach wie vor „vererbt“; dadurch gehen viele Begabungen verloren.

- Durch individuelle Förderung in einer guten gemeinsamen Schule werden die Kosten für private Nachhilfe minimiert.
- In einer gemeinsamen Schule wird solidarisches Handeln eher gefördert als in einem selektiven System.

Das bmukk setzt die Kosten für die Umstellung der Hauptschulen auf Neue Mittelschulen (die übrigens KEINE Gesamtschulen sind!) mit 233 Mio. € an. Wenn man von dieser Summe ausgeht und folgende Zahlen dagegen hält, die ich u. a. einem Artikel von Prof. Bernd Schilcher entnehme („Soziale Diskriminierung durch das Bildungssystem“), zeigt sich, dass durch ein gerechteres und effizienteres Schulsystem Mittel – auch aus anderen Ressorts - frei werden könnten, die für hier besprochene Maßnahmen eingesetzt werden könnten:

- Kosten für RepetentInnen: ca. 270 Mio. €
- Volkswirtschaftlicher Schaden durch Drop-Outs: ca. 580 Mio. €
- Einsparungspotenzial in der Verwaltung: 117 Mio. €

#### Ausbau von Ganztagschulen von der Pflichtschule bis zur Matura

Integration und Vielfalt im umfassendsten Sinne müssen das Ziel und Leitbild der Schule und Bildung von morgen sein. Der gegenwärtig dominante Typus „Halbtagschule“ trägt weder diesem Anspruch noch den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung. Der Ausbau des Angebots an Ganztagschulen ist daher eine dringende Notwendigkeit. Derzeit gibt es laut einer IFES-Studie von 2009 120.000 Ganztagsbetreuungs-, Ganztagschul- und Hortplätze in Österreich.

Die Studie kommt auf einen zusätzlichen Bedarf von zumindest 230.000 Plätzen. Hinsichtlich der Kosten für den Ausbau von Ganztagschulen gibt es in Österreich nur Schätzungen. BM<sup>in</sup> Schmied rechnete bei einer Pressekonferenz im Jahr 2009 mit Zusatzkosten von 170 Mio. € allein für den Personalaufwand, dazu kommen noch die Kosten von etwaigen baulichen Maßnahmen - angefangen von mehr Platz für Lehrpersonal in den Schulen bis hin zur Renovierung von bestehenden Schulen. Als Richtgröße kann eine deutsche Studie zu den Kosten von Ganztagschulen dienen, die auf einen Bedarf von rund 1 Mrd. € (Personalkosten plus Adaptierungsmaßnahmen) kommt.

Die Umstellung auf ein flächendeckendes Ganztagschulangebot ist als längerfristiges Projekt zu sehen. Für 2012 können mit zusätzlichen Investitionen von 200 Mio. € bereits erste Verbesserungen ermöglicht werden.

Die Ganztagschule muss das Ende der aufeinanderfolgenden 50-Minuten-Lerneinheiten bedeuten, die nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht zum Lernrhythmus junger Menschen passen. Ziel ist ein kluger Mix aus Lern- und Regenerationsphasen, aus Freizeitgestaltung (von Kunst bis Sport) und Übungsphasen. Und - auch wenn manche konservative Kreise das Argument ungern hören: Die Ganztagschule entspricht der Lebensrealität der meisten ÖsterreicherInnen. Die Zahl nicht berufstätiger Mütter (oder Väter), die Versäumnisse der „Halbtagschule“ aufholen können, indem sie

mit dem Kind am Nachmittag lernen, sinkt ständig. Nicht zuletzt würden echte Ganztagschulen die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich erhöhen.

## **Pflege – Anna Daimler, Gewerkschaft vida**

Sehr geehrte Abgeordnete!

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wir lassen uns unser Pflege- und Betreuungssystem nicht krankreden. Dennoch ist uns bewusst, dass wir auf eine Baustelle blicken, die dringend Investitionen und eine Generalsanierung braucht.

Bleiben wir gleich beim Baustellenbeispiel, um die Situation zu veranschaulichen. Wir haben 10 verschiedene Bauleiter, 10 verschiedene Regelungstechniken und 10 verschiedene Fördersysteme. Das hier am Ende A nicht mehr weiß was B tut, ist kein Wunder. Außerdem sind wir bisher, was den steigenden Pflegebedarf betrifft, wie der paralysierte Hase vor der Schlange gestanden.

Und ich sage es noch deutlicher: Unser Pflege und Betreuungssystem ist ein 10-Prinzipien und 2-Klassensystem!

Nicht erst seit dem „Pflegenotstand“ ist bekannt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Mit unserem Budget und den damit verknüpften Vorhaben bereiten wir dem Stillstand ein Ende!

Wir sind einstimmig der Meinung, dass Leistungen und Güter der Daseinsvorsorge in staatlicher Verantwortung liegen.

Zur Daseinsvorsorge zählen wir auch den leistbaren, flächendeckenden, bedarfsorientierten und qualitativ hochwertigen Zugang zu Pflege- und Betreuungsleistungen. Dieser Zugang wird in Zukunft auch rechtlich verbrieft, also mit einem Rechtsanspruch verbunden.

Bei der Umsetzung dieser Vision haben wir drei Zielgruppen vor Augen:

- **die zu Pflegenden bzw. zu Betreuenden**, deren Selbstbestimmungsrecht gewahrt werden muss, deren Teilnahme am sozialen Leben aktiv unterstützt werden muss.

Wir werden für sie das Angebot an Sachleistungen massiv ausbauen, aber auch das Pflegegeld mit 3 % werten anpassen. Unter anderem werden wir die mobilen Pflege- und Betreuungsdienste mit 600 Mio. € mehr Mittel ausstatten, um dieses Ziel zu erreichen. Zusätzlich werden wir den Betreuungsschlüssel auf 1:6 erhöhen, denn bei uns steht wirklich der Mensch im Mittelpunkt.

Wir schaffen ein einheitliches System beim Pflegegeld, bei der Einstufung und bei der Versorgung. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist bereits am Entstehen, wir orientieren uns dabei an Best Practice Beispielen.

Die zweite Zielgruppe, um die es uns geht:

- **die Beschäftigten** in diesem Bereich. Sie brauchen dringend mehr Anerkennung und höhere Löhne. Oder glauben Sie, dass ein Steuerberater bzw. eine Steuerberaterin mehr zur gesamtgesellschaftlichen

Weiterentwicklung beiträgt als eine Pflegekraft? Ich nicht, und daher muss die Entlohnung im Bereich Pflege und Betreuung verbessert werden.

Ich bin davon überzeugt, dass es uns mit vereinten Kräften gelingen wird, das Lohnniveau um 17 % anzuheben. Denn um so viel hinken die Einkommen im Bereich Pflege und Betreuung dem durchschnittlichen Einkommen (über alle Branchen betrachtet) hinterher. Als erstes werden wir das Lohndumping der öffentlichen Hand in diesem Bereich abstellen und sanktionieren. Wir werden insgesamt attraktive Arbeits- und Ausbildungsbedingungen schaffen, damit Österreich hier im europäischen Vergleich wieder ein Vorbild wird. Ein Fehler am Menschen kann nicht korrigiert werden wie bei einer Maschine.

Der Schandfleck der scheinselfständigen 24-Stunden-Betreuung wird beseitigt. Die Legalisierung eines untragbaren Zustands ist nicht die Lösung des Problems. Die Lösung sind geregelte Anstellungsverhältnisse!

Als dritte Zielgruppe wesentlich sind für uns

#### **- die Angehörigen**

Informelle Pflege und Betreuung ist zumeist weiblich und schlecht bzw. nicht abgesichert. Wie weit könnte unser schönes Österreich schon entwickelt sein, würden wir diese Frauen auf geregelte Art und Weise ins Arbeitsleben integrieren, finanziell und sozial absichern? Ich sage es Ihnen: sehr weit!

Wir schaffen mit diesen Maßnahmen 7.000 zusätzliche Vollzeit Arbeitsplätze. Arbeitsplätze, die gerade in der heutigen Zeit dringend benötigt werden! Diese Rechnung geht auf jeden Fall auf.

Statt die Armen der Zukunft zu schaffen kurbeln wir damit ganz bewusst die Wirtschaft an. Denn mehr Beschäftigung heißt auch mehr Einnahmen zur Absicherung des sozialen Systems. Wir ermöglichen ein solidarisches Pflegesystem, bei dem Regressansprüche nicht mehr notwendig sind und ein Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung besteht!

In diesem Licht erscheinen die zusätzlichen Ausgaben von weniger als 600 Mio. € im Jahr 2012, insbesondere unter Berücksichtigung der neu gestalteten Einnahmensituation, vertretbar und sinnvoll eingesetzt.

## **Arbeit und Soziales – Michaela Moser, Die Armutskonferenz**

Sehr geehrte Damen und Herren!

### **Umdenken, Umgestalten, Umverteilen!**

So lässt sich zusammenfassen, was angesichts der aktuellen Lage in diesem Land und mit Blick auf Europa und die ganze Welt Gebot der Stunde ist.

**Umdenken, Umgestalten, Umverteilen!** Das sind die für unser Zukunftsbudget maßgeblichen Grundsätze, weil sie auf soziale Gerechtigkeit abzielen, nachhaltige Entwicklungen ermöglichen und sozialen Frieden schaffen.

Wer sozialen Frieden garantieren will, braucht ein Budget, das die Verhältnisse dauerhaft zugunsten eines stärkeren sozialen Zusammenhalts ändert.

Wer soziale Gerechtigkeit schaffen will, braucht ein Budget, das dazu beiträgt soziale Ungleichheiten dauerhaft zu beseitigen.

Wer nachhaltige Entwicklungen ermöglichen will, muss endlich Überfluss besteuern und in Soziales investieren.

Wer jetzt am Sozialen spart, vertieft die schon viel zu große Kluft zwischen Arm und Reich in diesem Land weiter, gefährdet das Leben und Überleben vieler Tausender Menschen in Österreich, die in akuter Armut leben und setzt gleichzeitig auch eine positive Konjunkturentwicklung aufs Spiel.

Wer die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit kürzt, macht sich zudem mit schuldig an Armut und Hungersnot von Milliarden und am Tod Zigtausender Menschen auf dieser Welt

Es ist also hoch an der Zeit, hierzulande in wirkliche Zukunftsbereiche wie Soziales, Pflege, Gesundheit und qualitätsvolle und existenzsichernde Arbeitsplätze zu investieren und mit solidarischem Blick auf den Rest der Welt einen angemessenen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens zu leisten.

Wir müssen sicherstellen, dass endlich entscheidende Fortschritte im weltweiten Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit erzielt werden und nicht die verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft - jene, die Pflege oder Betreuung brauchen und jene, die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind - den höchsten Preis für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben.

Aus diesem Grund setzen wir auch in unserem diesjährigen Budget sehr deutliche Zeichen in Richtung Umgestaltung und Umverteilung und investieren massiv in die genannten Bereiche.

110 Mio. € werden für die Erhöhung direkt gestaltbarer EZA und die Aufstockung des Katastrophenhilfefonds eingesetzt, fast 1 Milliarde in Verbesserungen der Sozialleistungen und inklusive Arbeitsmarktpolitik investiert.

Konkret investieren wir 650 Mio. € in die **Verbesserung der monetären Sozialleistungen**, und zwar in erste – und dringendste – Verbesserungen der Mindestsicherung sowie in die Anhebung der Nettoersatzquote des Arbeitslosengelds; wohl wissend, dass dies nur weitere kleine Schritte sind, um die genannten Sozialleistungen „armutsfester“ zu machen und es zukünftig noch größere Anstrengungen und weitere Investitionen zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit brauchen wird. Darüber hinaus investieren wir 103 Mio. €, um endlich eine Anpassung der Familienhilfe an die Teuerung zu realisieren und damit einen Beitrag gegen Kinder- und Jugendarmut zu leisten.

Zweitens investieren wir in den **Ausbau qualitativvoller sozialer Infrastruktur**. Investitionen in diesem Bereich sind zentral für unser aller Wohlergehen – heute und auch in Zukunft. Dazu zählen die bereits genannten Verbesserungen im Bereich der Bildung, im Bereich der Pflege und des Gesundheitssystems, aber auch Verbesserungen hinsichtlich des nachhaltigen Zugangs zu Energie und Mobilität, sowie Investitionen in den Ausbau von Beratungseinrichtungen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Rechnung ist einfach und schon für jedes Schulkind nachvollziehbar.

Wenn jene, die Erwerbsarbeit haben, weniger Stunden arbeiten, können wir diese Erwerbsarbeit gerechter verteilen und die Lebensqualität sowohl jener, die heute zu viel als auch jener, die zu wenig oder keine Erwerbsarbeit haben, verbessern.

Deshalb braucht es auch verstärkt Investitionen in eine **intelligente und inklusive Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik**.

Mittelfristig streben wir hier eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden vor, konkret ist eine Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 38,5 bzw. 38 Stunden geplant. Zur Sicherung eines möglichst vollständigen Lohnausgleichs – jedenfalls bei den unteren und mittleren Einkommen – investieren wir 291 Mio. € in staatliche Übergangsförderungen in diesem Bereich. Als positive Folge sind 50.000 neue Arbeitsplätze zu erwarten, wird eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen erleichtert und eine wichtige Grundlage für die Steigerung der Lebensqualität Zigtausender geschaffen.

Weil der Beseitigung von Hindernissen am Arbeitsmarkt besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, investieren wir zusätzliche 70 Mio. € in innovative und mutige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Menschen in ihren spezifischen Lebenssituationen und mit all ihren Talenten, Fähigkeiten und Erfahrungen ernst nehmen und ihnen adäquate und sinnvolle Erwerbsarbeit in einem inklusiven Arbeitsmarkt sichern. Zusätzlich sind radikale Reformen im Bereich der bisherigen Mittelverwendung des AMS nötig und von uns vorgesehen.

Auch in diesem Bereich wird damit deutlich: Ein besseres und gesünderes Leben für uns alle ist möglich – wenn wir entsprechend **umdenken, umgestalten und umverteilen**. **Mehr noch: Umdenken und Umverteilen macht eine umfassende Umgestaltung unserer Gesellschaft erst möglich. Schließlich ist die Entwicklung und Umsetzung dieses Zukunftsbudgets kein Selbstzweck, vielmehr zielen unsere budgetären Planungen auf das Wohlergehen aller ab.**

Die vorgestellten Beiträge für besseren sozialen Zusammenhalt – adäquate Mindestsicherung, soziale Infrastruktur und inklusive Arbeitsmarktpolitik – können jedoch nur wirksam werden, wenn sie mit den bereits genannten Zukunftsinvestitionen kombiniert werden und ihre Finanzierung durch die von uns geplanten Steuerreformen gesichert ist.

Budgetkonsolidierung und Zukunftsinvestitionen sind dann kein Widerspruch sondern gemeinsame Notwendigkeit und Gebot der Stunde.

Sehr geehrte Damen und Herren!

**Umdenken, Umgestalten, Umverteilen** – das sind die Leitmotive für wirksame Wege aus der Krise. Wir laden Sie alle ein, diesen Weg mitzugestalten! Wir brauchen partizipative, transparente und offene Prozesse für eine umfassende Steuerreform und für die Verwendung dieser Steuermittel. Nur gemeinsam können wir das Ruder noch einmal herumreißen und unsere Gesellschaft auf jenen neuen Kurs setzen, den es braucht um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.